

EINSEITIGE AUSDEHNUNG DER SOUVERÄNITÄTSRECHTE AUF DAS HOHE MEER

Neue Gesetze von Oman, Marokko und Massachusetts und ein Vorschlag von Kenya

VON HENNING V. WEDEL

Noch auf den Genfer Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960 bestand eine weitgehende Einigkeit über die Breite des Küstenmeeres, d. h. über den Bereich der Hohen See, der der nationalen Hoheitsgewalt untersteht. Allerdings bestand schon damals Uneinigkeit, ob diese Zone nun 3 sm oder 12 sm breit sein dürfe. Insoweit muß Art. 24 der Genfer Konvention schon als ein Kompromiß zwischen diesen beiden Standpunkten angesehen werden¹. Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich bei der Festlegung von Fischereizonen und der Breite des Kontinentalshelms, die ebenfalls der ausschließlichen Nutzung der Küstenstaaten vorbehalten sein sollten. Seither hat die immer stärkere Welle nationaler Gesetzgebung die alte Vorstellung von schmalen Hoheitsgewässern und dem sich dahinter ausbreitenden Hohen — und das meint „freien“ — Meer überrollt². Allein die große Zahl von Meerengen, die bei einer allgemeinen Ausdehnung des Küstenmeeres auf 12 sm in den Bereich nationaler Gesetzgebung fällt, kann zu erheblichen praktischen Einschränkungen der Meeresfreiheit führen.

Hierfür mag das vorgelegte Gesetz von Marokko als Beispiel dienen. Wird doch damit die Straße von Gibraltar geschlossen, indem kein Streifen des Hohen Meeres zwischen den spanischen und marokkanischen Küstengewässern verbleibt.

Zwar wird entsprechend der Genfer Konvention über das Küstenmeer und die Anschlußzone (Art. 14 ff.) das Recht auf friedliche Durchfahrt gewährt. Dies schließt aber nicht aus, daß Durchfahrten, die den Interessen Marokkos widersprechen, verhindert werden können^{2a}.

Ist etwa in diesem Zusammenhang die Durchfahrt eines Tankers mit iranischem Öl zum Zwecke der Umgehung eines lybischen Embargos noch als friedliche Durchfahrt anzusehen? Eine Frage, die angesichts der Tatsache, daß in jeden internationalen Konflikt heute immer gleich eine Vielzahl von Staaten verwickelt ist, eine ungeheure 1958 noch nicht voraussehbare Aktualität gewinnt.

Die Nationalisierung des Meeres hat aber auch zugleich das Vertrauen in die internationale Solidarität erschüttert, indem jeder nach seinem Standpunkt nationale Gesetze erläßt und damit in die ungeschützte und mangels effektiver Kontrollmöglichkeiten ohnehin gefährdete Freiheit des Hohen Meeres eingreift. Die Genfer Konventionen ebenso wie die UN-Resolutionen, die bei Änderung des bisherigen Status die Kontaktierung anderer Staaten fordern, bleiben unbeachtet. Jeder versucht vor dem großen Realignement, das auf der Seerechtskonferenz erfolgen könnte, noch schnell *faits accomplis* zu schaffen³. Unter diesem Ge-

1 Damals nahm lediglich Chile 50 km als Hoheitsgewässer in Anspruch. Peru war unklar. Vgl. Kehden/Henckmann, Die Inanspruchnahme von Meereszonen durch Küstenstaaten, Hamburg 1967, S. 166.

2 200 sm Hoheitsgewässer beanspruchen: Argentinien (1966), Brasilien (1970), El Salvador (1962), Ecuador (1966), Panama (1967), Peru (1969), Sierra Leone (1971), Uruguay (1969).
130 sm Guinea (1964), 30 sm Nigeria (1971), 25 sm Gabun (1970), 18 sm Kamerun (1967).

2a Vgl. Günter Hoog, Die Genfer Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960, Hamburg 1961, S. 28.

3 Vgl. Kehden, M. I., Die Deklaration von Montevideo über das Seerecht vom 8. Juli 1970 im Lichte der Bemühungen um eine dritte Seerechtskonferenz, in: VRÜ 1970, S. 521 ff.

sichtspunkt mögen die hier vorgelegten nationalen Gesetze gesehen werden. Sie gehen alle mehr oder minder über die in den Genfer Konventionen anerkannten Ansprüche ausschließlicher Gewalt oder Nutzung am Meere hinaus. Inhalt und Motivation unterscheiden sich jedoch beträchtlich und geben zusammen mit dem kenyanischen Entwurf einen guten Überblick über Haltung und Interessen, die auf einer Seerechtskonferenz vertreten werden könnten.

Das Gesetz von Oman, das sich im übrigen weitgehend an die bisherigen Regelungen hält, repräsentiert die Interessenlage eines Staates, der nicht unerheblich vom Fischfang abhängig ist. Die im Golf von Oman hauptsächlich gefangenen Sardinen werden unter anderem zu Kamelfutter und Dünger verarbeitet. Der Fischfang ist neben Öl, Datteln und Viehzucht eine der Hauptstützen der Wirtschaft. Die 50-sm-Fischereizone soll der Sicherung dieses Wirtschaftszweiges dienen. Besteht doch die Gefahr, daß gut ausgerüstete Fernfangflotten der großen Fischereinationen die Fischgründe so dezimieren, daß für die lediglich mit geflochtenen Booten ausgerüsteten heimischen Fischer der Ertrag nicht mehr gesichert ist.

In genau die gleiche Richtung zielt das Gesetz von Marokko, indem es eine 70-sm-Fischereigrenze festlegt. Dabei geht es keineswegs, wie es wohl der sowjetische⁴ und amerikanische⁵ Entwurf annehmen, nur um die augenblicklichen jährlichen Fangquoten, sondern um die langfristige Sicherung des Fischbestandes vor der heimischen Küste.

Dagegen soll das Gesetz von Massachusetts der Durchsetzung des Umweltschutzes dienen. Die schmale Küstenmeerzone erlaubt keinen effektiven Schutz, da die natürlichen Lebensräume sich selbstverständlich nicht an die Kanonenschußweite der Barockzeit halten. Deshalb nimmt Massachusetts das Recht in Anspruch, in einer Zone von 200 sm die zum Schutz der marinen Umwelt notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, beansprucht also eine materiell durch den Zweck begrenzte Souveränität. Das Gesetz vermag im übrigen auch deshalb Interesse zu erwecken, weil möglicherweise der Staat Massachusetts mit diesem Gesetz unerlaubt in Bundeskompetenzen eingegriffen hat.

Die Gesetze sind nicht ohne Vorläufer. So ist etwa an den kanadischen Arctic Waters Pollution Act (1970) zu denken wie auch an die Ausdehnung der Fischereigrenzen durch Island⁶ und Guayana (1972).

Bei der Beurteilung solcher einseitigen Rechtsetzungsakte muß gesehen werden, daß die Genfer Konventionen die separate Ausdehnung von Nutzungs- und Kontrollrechten stark begünstigen. Sie lassen die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten nicht deutlich werden, weil jede separat geregelt ist. In Wirklichkeit sind die Regelungsbereiche aber alle voneinander abhängig. So hat der Meeresbergbau unmittelbare Auswirkungen auf den Verkehr — man denke nur an künstliche Inseln, Sperrgebiete, Sprengungen etc. Die Breite des Küstenmeeres beeinflusst die Regelungsbedürftigkeit von Kontinentalshelf und Fischereiinteressen und umgekehrt. Die Verkehrsfreiheit erschwert die Verschmutzungs- und Verklappungs-(pollution and dumping)kontrolle wie den Fischerschutz.

⁴ Abgedruckt in: International Legal Materials Vol. XII Nr. 1 (Januar 1973), S. 36.

⁵ Abgedruckt *ibid.* S. 42.

⁶ 6 September 1972 auf 50 sm. Diese Maßnahme führte zu dem sog. Fischereikrieg. Das Urteil des IGH steht noch aus. Der IGH wurde von der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien angerufen.

So hat denn auch Marokko eines der klassischen Freiheitsrechte, nämlich das auf Forschung, in der Fischereizone eingeschränkt.

Der enge Zusammenhang zwischen Fischerei, pollution-control und Kontinentalshelf ist sozusagen in der Natur der Sache begründet, weil die flachen Küstengewässer normalerweise auch die fischreichsten Gewässer sind. In ihnen aber wirken sich Verschmutzungen unmittelbar und viel verheerender aus als auf dem Hohen Meer, weil die schädlichen Stoffe die Fischgründe in noch unverdünntem Zustand erreichen.

Diese Abhängigkeit der verschiedenen Bereiche voneinander wird aber auch besonders deutlich, wenn man an das Problem einer internationalen Meeresbergbaubehörde denkt⁷. Je kleiner die freie Nutzungszone, desto weniger Interesse besteht an einer solchen Behörde. Umgekehrt ist die Behörde um so dringlicher, je mehr der Meeresboden ausgebeutet wird. Die Industrienationen werden aber nur ausbeuten, wenn sie Gewinne daraus erzielen können, zumindest aber das Investitionsvolumen gedeckt wird. Beschränken die Küstenländer den Raum der Meeresbodenbehörde auf das küstenferne tiefe Meer, werden die zur Finanzierung notwendigen Gewinne lange nicht zu erzielen sein. Das Argument Guineas⁸, man lasse sich von den Imperialisten nicht ein Stück des Meeres zuteilen, spiegelt die durchaus berechtigte Angst der armen Länder, daß die Freiheit der Meere und das Erbe der Menschheit auch weiterhin nur den reichen Nationen zufallen wird. Durch die volle Inanspruchnahme des Kontinentalshelbs durch die Küstenstaaten ist die Lösung des Problems ohnehin schon unerträglich präjudiziert. Es scheint, als ob die Industrienationen, die als einzige den Meeresboden ausbeuten können, im Meeresbergbau außerhalb des Kontinentalshelbs keine Chancen sehen. Es wird deshalb auch kein Technologietransfer an eine etwaige Meeresbergbaubehörde erfolgen, die den Küstenentwicklungsländern die Ausbeutung ihrer Zone ermöglichte. Sie werden also einmal mehr auf die Erteilung von Konzessionen angewiesen sein.

So scheinen alle Argumente für eine schmale Zone ausschließlicher Hoheitsgewalt zu sprechen. Das gilt jedoch nur, wenn auch die Fischereirechte ausreichend berücksichtigt werden. Sie sollten nicht nach Kriterien wirtschaftlicher Effektivität, sondern nach der Bedürftigkeit des Küstenstaates für Fisch als Lebensgrundlage verteilt werden⁹. Ansonsten besteht die Gefahr, daß die Küstenstaaten zum Schutz ihrer Fischereiinteressen auf breiten Zonen ausschließlicher Hoheitsgewalt bestehen, obwohl hinsichtlich der übrigen Nutzungsmöglichkeiten ihr Primärinteresse auf ein internationales Regime gerichtet ist.

Welche Schwierigkeiten und Probleme sich bei der Erkenntnis und Artikulierung der wahren Interessen ergeben, wurde bei den Empfehlungen der afrikanischen Staaten für eine Neuordnung des Meeresvölkerrechtes deutlich¹⁰, die in dem kenyanischen Entwurf weitgehend berücksichtigt sind.

Die wirtschaftlichen Nutzungsrechte sollen danach nicht international gepoolt werden, so daß eine gerechte Verteilung nach den Bedürfnissen möglich wird, sondern

⁷ Dazu Rogge, H.: Aktive oder passive Teilhabe der Entwicklungsländer am Meeresbergbau, in: VRÜ 1973
⁸ Guinea beansprucht 130 sm. Dies wurde neuerdings wieder mit dem genannten Argument begründet.

⁹ Fischereizonen nehmen in Anspruch: Ceylon 100 sm als Schutzzone (1957), Guayana 80 sm (1972), Ghana 100 sm als Schutzzone (1963), Korea (Süd) 20–200 sm (1954) (vgl. Kehden/Henkmann a. a. O. S. 124), Pakistan 100 sm als Schutzzone (1966), Indien 100 sm als Schutzzone (1956), Island 50 sm (1972), Senegal 18 sm (1968), Vietnam 20 km (1936). Die lateinamerikanischen Staaten nehmen praktisch alle 200 sm in Anspruch, vgl. Anm. 2, auch Chile (1947). Zur Staatenpraxis insgesamt Kehden, M. I., Die Inanspruchnahme von Meereszonen und Meeresboden zonen durch Küstenstaaten, 2. Aufl., Hamburg 1971.

¹⁰ Abgedruckt in Int. Leg. Mat. Vol. XII Nr. 1 1973, S. 210 ff.

sie sollen den Küstenstaaten ausschließlich zustehen, indem eine Wirtschaftszone von nicht mehr als 200 sm gebildet wird. Es wird also im Interesse der Verkehrsfreiheit (Art. III des Entwurfes) eine Trennung der Souveränitätsrechte in das Recht auf wirtschaftliche Nutzung der Schätze im und unter dem Meer und allgemeine Regelungsbefugnisse vorgeschlagen.

Insoweit liegt der Vorschlag durchaus auf der gleichen Linie wie die Genfer Konventionen, verzichtet damit aber gerade auf die Chance einer Verbesserung des Rechtes. Während aus den Empfehlungen noch auf ein kontinentales gesamtafrikanisches Regime des küstennahen Meeres geschlossen werden konnte¹¹, konkretisiert Art. 6 des kenyanischen Entwurfes diesen Vorschlag auf eine Beteiligung nur der Nachbarländer an der nationalen Wirtschaftszone. Diese Regelung ist sehr unklar und keineswegs geeignet, die Ungleichheiten in den Nutzungsmöglichkeiten zu beseitigen. Zumindest wäre eine genaue Untersuchung über die danach zu erwartende Verteilung der Nutzungen notwendig. Der Erfolg hängt zudem allein von der Kooperationswillig- und -fähigkeit des jeweils zur Teilung Aufgerufenen ab. Da wäre ein internationales Regime wohl doch vorzuziehen. Die Furcht der afrikanischen Staaten vor einem internationalen Regime schon in Küstennähe ist sicher weitgehend durch die kolonialen Erfahrungen und die heutigen Erfahrungen mit dem Neokolonialismus und der Aufrechterhaltung der verbliebenen Kolonien bestimmt. So sieht denn auch Artikel 11 des Entwurfs den Ausschluß der Kolonien von der Verteilung des Meeresbodens vor. Für das küstenferne Meer soll dann nach den Empfehlungen auf das internationale Regime zurückgegriffen werden¹², das als langfristig notwendig erkannt wird, aber bisher noch mangels unmittelbarer Notwendigkeit als Zukunftsmusik erscheint.

Ein universales supranationales Meeresregime liegt zwar durchaus im Interesse aller Staaten. Ob jedoch angesichts der offenen Torpedierung dieses Ziels durch eine zunehmende Zahl von Staaten dafür noch eine Chance besteht, ist offen. Dies um so mehr, als man hinsichtlich der Ausübung der ausschließlich nationalen Gewalt wohl hinter den Stand der Genfer Konvention über das Kontinentalschelf zurückgehen muß, wenn es zu einer Verwirklichung des Prinzips des „common heritage of mankind“ kommen soll. Bleibt doch sonst als Erbe nur das wirtschaftlich zunächst uninteressante küstenferne Meer. Es ist daher zu hoffen, daß diese nationalen Gesetze nur dem Aufbau von Verhandlungspositionen dienen und nicht eine sinnvolle Neuordnung von vornherein ausschließen.

¹¹ Die entsprechende Empfehlung lautet: The exploitation of the living resources within the economic zone should be open to all African States both land-locked and near land-locked, provided that the enterprises of these States desiring to exploit these resources are effectively controlled by African capital and personell. Ibid. S. 210.

¹² Ibid. S. 212.

OMAN

Decree of 17 July 1972*

In the Name of God, the Almighty, the Merciful,

Decree of His Majesty Sultan Qabus of Oman on July 17, 1972 concerning the Territorial Sea, Continental Shelf, and Exclusive Fishing Zones of the Sultanate of Oman.

We, Qabus bin Said, Sultan of Oman, do today decree the following laws concerning the Territorial Sea, Continental Shelf, and Exclusive Fishing Zone of the Sultanate of Oman.

Part One

Territorial Sea

Article 1:

The Sultanate of Oman exercises full sovereignty over the Territorial Sea of the Sultanate and over the airspace above and the seabed and subsoil beneath the Territorial Sea of the Sultanate, in harmony with the principle of innocent passage of ships and planes of other states through international straits, and laws and regulations of the Sultanate relating thereto.

Article 2:

The Territorial Sea of the Sultanate extends twelve nautical miles (22,224 meters) seaward, measured from the following baselines:

- a) The low water line of the coast of the mainland or of an island, rock, reef, or shoal more than twelve nautical miles distant from the mainland or another island, rock, reef, or shoal, where the coast faces open sea;
- b) straight lines not exceeding twenty four nautical miles in length, connecting the low water marks of the entrance points to bays or gulfs;
- c) straight lines connecting the nearest point on the mainland with the outer-most extremities of an island, rock, reef, or shoal, or group of such islands, rocks, reefs, or shoals, less than twelve nautical miles distant from each other, if any part of such island, rock, reef or shoal, or group of islands, rocks, reefs, or shoals lies within twelve nautical miles from the mainland;
- d) straight lines connecting the outer-most extremities of islands, rocks, reefs, or shoals, more than twelve nautical miles distant from the mainland, but less than twelve nautical miles distant from each other.

Part Two

Continental Shelf

Article 3:

The Sultanate of Oman exercises sovereign rights over the Continental Shelf of the Sultanate for the purposes of exploring it and exploiting its natural resources.

Article 4:

The Continental Shelf of the Sultanate includes the sea-bed and natural resources upon and beneath the seabed adjacent to the coast of the mainland or of an

* Fundstelle: Press Information Section der Vertretung Omans bei der UN, Oman News Nr. 1/1972 vom 23. 7. 1972. Die Redaktion dankt Herrn Düster für die Überlassung des Textes.

island, rock, reef, or shoal, but outside of the Territorial Sea of the Sultanate, to a depth of 200 meters or to such greater depths as admit of the exploitation of natural resources.

Part Three

Exclusive Fishing Zone

Article 5:

The Sultanate of Oman exercises sovereign rights over the Exclusive Fishing Zone of the Sultanate for the purposes of exploring, developing and exploiting its living resources, including but not limited to fish.

Article 6:

The Exclusive Fishing Zone of the Sultanate extends thirtyeight nautical miles seaward, measured from the outer limits of the Territorial Sea of the Sultanate.

Part Four

Overlapping Jurisdictions

Article 7:

Where the coast of another state is opposite or adjacent to the coast of the Sultanate of Oman, the outer limits of the Territorial Sea, Continental Shelf and Exclusive Fishing Zone of the Sultanate shall not extend beyond the median line, every point of which is equidistant from the nearest points on the baselines from which the breadth of the Territorial Sea of the Sultanate and the Territorial Sea of such other states is measured.

Part Five

Miscellaneous Provisions

Article 8:

The precise limits of the Territorial Sea and Exclusive Fishing Zone, as well as the median line limit of the Continental Shelf of the Sultanate, shall be determined by the Government of the Sultanate on maps and hydrographic charts recognized by the Sultanate of Oman.

Article 9:

Official notification of the effectiveness of this law shall be given to the Secretariat of the United Nations Committee on the Peaceful Uses of the Sea-Bed and the Ocean Floor Beyond the limits of National Jurisdiction.

Article 10:

This Decree shall be published in the Official Gazette.

MAROKKO*

LOUANGE A DIEU SEUL !

(Grand Sceau de Sa Majesté Hassan II)

Que l'on sache par les présentes — puisse Dieu en élever et en fortifier la teneur!

Que Notre Majesté Chérifienne,

Vu la Constitution promulguée le 23 moharrem 1392 (10 mars 1972), notamment son article 102,

A décidé ce qui suit:

Article premier. — Les eaux territoriales marocaines s'étendent jusqu'à une limite fixée à douze mille marins à partir des lignes de base.

Les lignes de base sont la laisse de basse mer ainsi que les lignes de base droite et les lignes de fermeture de baies qui sont déterminées par décret.

La souveraineté de l'Etat marocain s'étend à l'espace aérien ainsi qu'au lit et au sous-sol de la mer dans la limite des eaux territoriales.

Art. 2 — Sauf convention particulière, la largeur des eaux territoriales ne s'étend pas au-delà d'une ligne médiane dont tous les points sont équidistants des points les plus proches des lignes de base des côtes marocaines et des côtes des pays étrangers qui font face aux côtes marocaines ou qui leur sont limitrophes.

Art. 3. — Lorsque la distance entre les lignes de base des côtes marocaines et celles d'un Etat étranger qui leur font face est égale ou inférieure à 24 milles marins ou ne permet plus l'existence d'un couloir de haute mer suffisant pour la libre navigation maritime ou aérienne, le droit de transit par les eaux territoriales marocaines et celui de les survoler sont accordés selon les conditions stipulées par les conventions internationales auxquelles le Maroc est partie et conformément au principe du « passage inoffensif » tel qu'il est reconnu et défini par le droit international.

Art. 4. — Une zone de pêche exclusive marocaine est instituée sur une étendue de 70 milles marins à partir des lignes de base définies dans l'article premier et selon les mêmes critères de délimitation que ceux mentionnés pour les eaux territoriales dans l'article 2.

Art. 5. — La souveraineté de l'Etat marocain s'étend à toutes les ressources biologiques de la colonne d'eau de cette zone.

L'exercice des droits de pêche est exclusivement réservé dans cette zone aux bateaux battant pavillon marocain ou exploités par des personnes physiques ou morales marocaines.

Ces dispositions ne font pas obstacle aux principes de coopération internationale auxquels le Maroc souscrit sans préjudice pour ses droits de souveraineté et dans le respect de ses intérêts nationaux.

Art. 6 — Toute recherche ou exploration scientifique ou archéologique entreprise par un Etat étranger ou par les ressortissants d'un Etat étranger dans la zone de pêche exclusive est soumise à l'autorisation préalable du gouvernement marocain.

Art. 7. — Le présent dahir portant loi sera publié au Bulletin officiel.

Fait à Rabat, le 26 moharrem 1393 (2 mars 1973).

* Fundstelle: Bulletin Officiel Nr. 3146 vom 7. 3. 1973, S. 391.

MASSACHUSETTS

An Act Relative to the Territorial Waters of the Commonwealth and extending the authority of the director of the division of marine fisheries*

Whereas, The deferred operation of this act would tend to defeat its purpose, which is, in part, to provide forthwith the extension of additional authority to the director of the division of marine fisheries in order to implement on an emergency basis certain rules and regulations relative to the marine resources of the commonwealth so as to avert an ecological crisis and prevent the possible annihilation of such resources, therefore it is hereby declared to be an emergency law, necessary for the immediate preservation of the public health, welfare and convenience.

Be it enacted, etc., as follows:

Section 17 of chapter 130 of the General Laws is hereby amended by inserting after subsection (9), added by section 1 of chapter 438 of the acts of 1968, the following subsection:

(10) Notwithstanding any contrary provision of law, with the exception of chapter 130 of the General Laws of the commonwealth of Massachusetts, adopt, amend or repeal all rules and regulations, with the approval of the governor, necessary for the maintenance, preservation and protection of all marine fisheries resources between the mean high water mark of the commonwealth and a straight line extension of the lateral boundaries of the commonwealth drawn seaward to a distance of 200 miles or to a point where the water depth reaches 100 fathom, whichever is the greatest. Any person, firm or corporation convicted of violating any rule or regulation authorized under the provisions of this paragraph shall be punished by a fine not to exceed ten thousand dollars (\$ 10.000). Violations may be prosecuted in any superior court within the commonwealth of Massachusetts.

Approved November 16, 1971

KENYA

Draft articles on exclusive economic zone concept, submitted by Kenya**

Article I:

All States have a right to determine the limits of their jurisdiction over the seas adjacent to their coasts beyond a territorial sea of 12 miles in accordance with the criteria which take into account their own geographical, geological, biological, ecological, economic and national security factors.

Article II:

In accordance with the foregoing Article, all States have the right to establish an Economic Zone beyond the territorial sea for the primary benefit of their peoples and their respective economies in which they shall exercise sovereign rights over natural resources for the purpose of exploration and exploitation.

* Fundstelle: The Commonwealth of Massachusetts Acts and Resolves, 1971, Chap. 1104.

**Fundstelle: Report of the Committee on the Peaceful Uses of the Sea-Bed and the Ocean Floor Beyond the Limits of National Jurisdiction, U. N. General Assembly, Official Records: Twenty-Seventh Session, Supplement No. 21 (A/8721). Ursprünglich A/AC. 138/SC. II/L. 10 of August 7, 1972. Abgedruckt in: International Legal Materials Vol. XII Nr. 1 (1973), S. 33—35.

Within the zone they shall have exclusive jurisdiction for the purpose of control, regulation and exploitation of both living and non-living resources of the Zone and their preservation, and for the purpose of prevention and control of pollution.

Article III:

The establishment of such a Zone shall be without prejudice to the exercise of freedom of navigation, freedom of overflight and freedom to lay submarine cables and pipelines as recognized in international law.

Article IV:

The exercise of jurisdiction over the Zone shall encompass all the economic resources of the area, living and non-living, either on the water surface or within the water column, or on the soil or sub-soil of the sea-bed and ocean floor below.

Article V:

Without prejudice to the general jurisdictional competence conferred upon the Coastal State by Article II above, the State may establish special regulations within its Economic Zone for:

- a) Exclusive exploration and exploitation of nonrenewable marine resources;
- b) Exclusive or preferential exploitation of renewable resources;
- c) Protection and conservation of the renewable resources;
- d) Control, prevention and elimination of pollution of the marine environment;
- e) Scientific research.

Any State may obtain permission from the coastal State to exploit the resources of the Zone where permitted on such terms as may be laid down and in conformity with laws and regulations of the coastal State.

Article VI:

The coastal State shall permit the exploitation of the living resources within its zone to the neighbouring developing land-locked, near land-locked and countries with a small shelf provided the enterprises of those States desiring to exploit these resources are effectively controlled by their national capital and personnel.

To be effective the rights of land-locked or near land-locked States shall be complemented by the right of access to the sea and the right of transit. These rights shall be embodied in multilateral or regional or bilateral agreements.

Article VII:

The limits of the Economic Zone shall be fixed in nautical miles in accordance with criteria in each region, which take into consideration the resources of the region and the rights and interests of developing land-locked, near-land-locked, shelf-locked States and States with narrow shelves and without prejudice to limits adopted by any State within the region. The Economic Zone shall not in any case exceed 200 nautical miles, measured from the baselines for determining territorial sea.

Article VIII:

The deliniation of the Economic Zone between adjacent and opposite States shall be carried out in accordance with international law. Disputes arising there-

from shall be settled in conformity with the Charter of the United Nations and any other relevant regional arrangements.

Article IX:

Neighbouring developing States shall mutually recognize their existing historic rights. They shall also give reciprocal preferential treatment to one another in the exploitation of the living resources of their respective Economic Zones.

Article X:

Each State shall ensure that any exploration or exploitation activity within its Economic Zone is carried out exclusively for peaceful purposes and in such a manner as not to interfere unduly with the legitimate interests of other States in the region or those of the International Community.

Article XI:

No territory under foreign domination and control shall be entitled to establish an Economic Zone.